

# Das große Schweigen

Wie weit darf die Diskussion über Integrationsprobleme gehen?

Lassen Sie mich als Antwort auf Heribert Prantls „Willkommen“ (11./12. September) aus dem Buch der Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig zitieren. Da heißt es zum Beispiel: „Die meisten der zur Zeit 550 Intensivtäter, die bei der Berliner Staatsanwaltschaft registriert sind, wohnen und ‚wirken‘ in Neukölln. Es sind gegenwärtig 214. Zur Erinnerung: Als Intensivtäter werden nur Personen bezeichnet, die innerhalb eines Jahres mindestens zehn erhebliche Delikte begangen haben ... Schwerkriminelle, die häufig 30 und mehr erhebliche Taten aufweisen, haben zu 90 Prozent einen Migrationshintergrund, 45 Prozent sind arabischer Herkunft, 34 Prozent haben türkische Wurzeln...“ Und weiter: „In Neukölln leben 300 000 Menschen. Davon haben insgesamt 40 Prozent einen Migrationshintergrund. In Nord-Neukölln, dem eigentlichen sozialen Brennpunkt, sind es 53 Prozent, bei den unter 18-Jährigen sogar 80 Prozent. 1994 waren 47 260 Menschen auf staatliche Transferleistungen angewiesen, 2009 waren es 91 250 Personen, was eine Steigerung um 93 Prozent bedeutet ... Der Bezirk verfügte im Jahre 2009 über einen Haushalt von 593 Millionen Euro. Hiervon mussten 383 Millionen Euro für Transferleistungen aufgewendet werden, was knapp 65 Prozent des Gesamthaushalts entspricht.“

Das ist die Wahrheit, die auch Herr Sarrazin benennt und die von Gutmen systematisch verschwiegen wird! Angesichts solcher Fakten entpuppt sich das Gesäusel von Herrn Prantl als pseudowissenschaftlich. Hans Wirtz Neubiberg

## Die Geister des Herrn Sarrazin

Als evangelischer Pfarrer habe ich ein großes Interesse an einem friedlichen Zusammenleben in unserem Land und sehe realistisch, dass das nur über die Förderung der Bildung von Migranten geht, die aus einfachen Verhältnissen kommen. Darum betreibe ich in der Kirchengemeinde meines Wohnsitzes seit Jahren eine Hausaufgabenbetreuung, die überwiegend von Jugendlichen mit Migrationshintergrund besucht wird. Auch ich sehe nüchtern, dass es noch Probleme gibt, habe aber auch mit einer wachsenden Zahl von Menschen zu tun, die hier



Wollen sie sich anpassen? Kopftuchträgerinnen in Kreuzberg. Foto: Getty

heimisch geworden sind, fleißig arbeiten, Betriebe aufgebaut haben, Steuern und Sozialabgaben zahlen. Die meisten möchten, dass aus ihren Kindern etwas wird.

Es besteht in unserem Land Meinungs-freiheit, auch für Thilo Sarrazin. Aber wer sich äußert, muss sich auch fragen lassen, was er damit bezweckt und welche Geister er ruft, auch das gilt auch für ihn. Ulrich Finke Fürstenfeldbruck

## Warum Menschen den Islam fürchten

Der Beitrag von Heribert Prantl stellt eine wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion über Integration dar. Dennoch: Seine Behauptung, für soziale Abstiegsgänge müsse „ein Feindbild gestiftet werden; der Islam bietet sich dafür an“ verharmlost dessen tatsächlichen Charakter. Für die Entstehung ihres Feindbildes oder ihrer Wahrnehmung in

der Öffentlichkeit ist diese Religion im wesentlichen selbst verantwortlich. Es ist doch keine Erfindung böswilliger Integrationsfeinde, dass der Islam bis heute nicht kompatibel ist mit demokratischen Werten und Strukturen. Es ist doch Tatsache, dass diese Religion die Gewaltenteilung ebenso ablehnt wie die Trennung von Kirche und Staat, Meinungs- und Kunstfreiheit, die Selbstbestimmung des Individuums, die Gleichberechtigung der Frau einschließlich freier Partnerwahl – um nur einige Beispiele zu nennen. Die Menschen bei uns wollen nicht hinter die Aufklärung zurück ins Mittelalter befördert werden. Dies sind aber Ängste, die man ernst nehmen muss, andernfalls besteht die Gefahr eines Rechtsrucks wie in Holland. Horst Isola Bremen

## Außenseiter haben es immer schwer

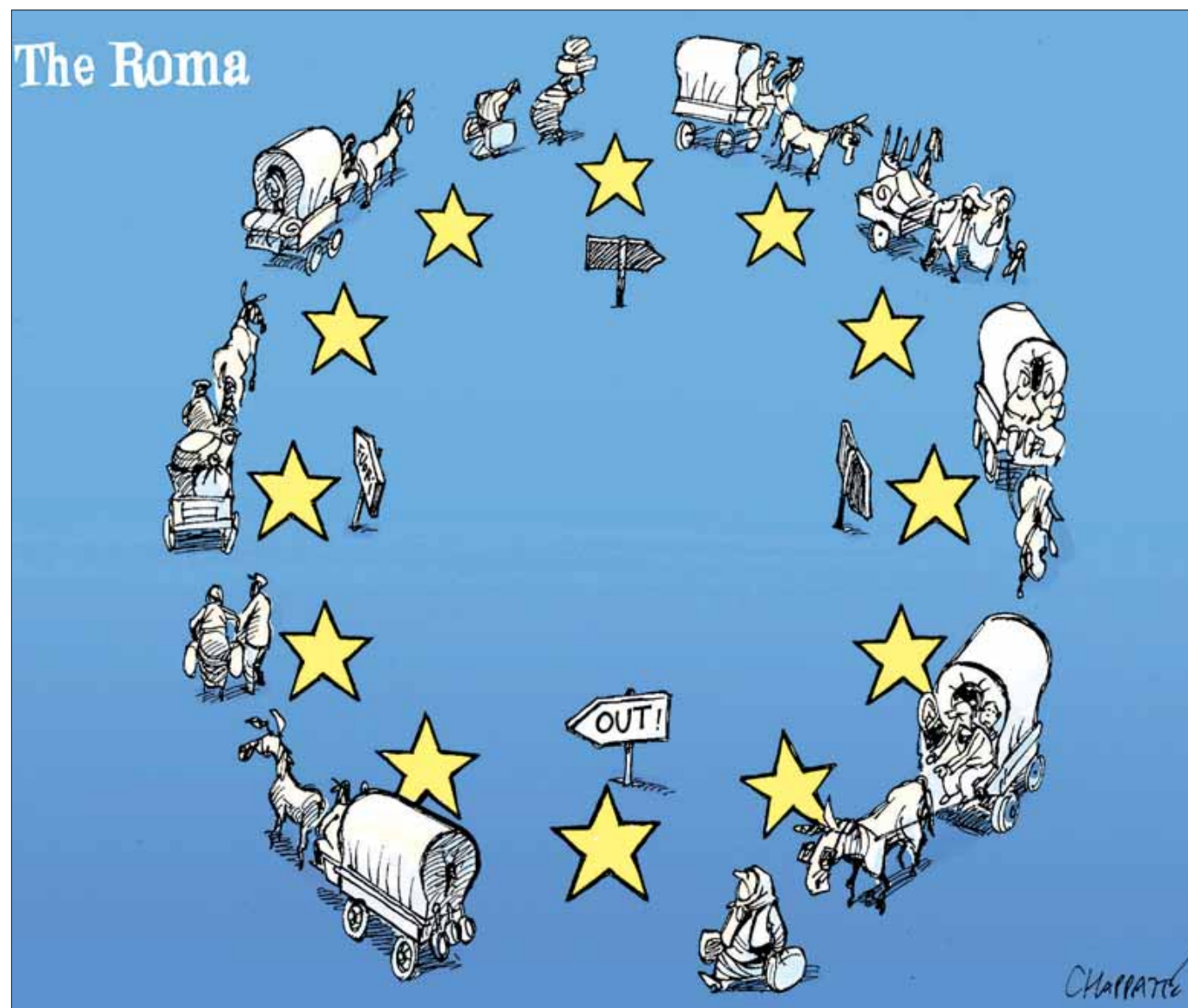
Andreas Zielcke widerlegt in „Angst und Wahrheit“ (10. September) mit wissenschaftlichen Argumenten und statistischen Fakten die Vorurteile und Ängste bezüglich Integration in Deutschland. Eine weitere Ebene möchte ich hinzufügen, denn sie scheint mir in der gegenwärtigen Debatte ausgeblendet: die enormen Anstrengungen auf der individuellen Ebene sich zu integrieren. Ich probiere es zur Zeit selbst, als Deutsche, die „deutsch“ aussieht, aber lange berufsbedingt im Ausland war. Es braucht viel Spürsinn, Beharrlichkeit und Geduld, um auch nur zu einem professionellen Gespräch zu kommen. Privat ist es ähnlich – die langjährigen Freunde und Bekannte sind in ihren Alltag eingebunden. Neue Bekanntschaften? Man geht zum Sport oder in Kochkurse – kaum ist die Veranstaltung beendet, stieben alle auseinander. Wie schwierig muss es da sein für jemanden, der als Nichtdeutscher ankommt, über die Integrationskurse hinaus in der deutschen Gesellschaft echten Anschluss zu finden? Gabriele Köhler München

## Zweideutige Einwanderungszahlen

Zu den Einwänden gegen den angeblichen demographischen Triumph der uns überrollenden Minderheit, die Andreas Zielcke aufzählt, sollen die Zu- und Auswanderungszahlen von Türken im Jahr 2009 gehören. Demnach sind im vergangenen Jahr 30 000 Menschen aus der Türkei bei uns ein- und 40 000 Türken ausgewandert. Diesen Sachverhalt als für die Bundesrepublik positiv sehend, unterstellt Herr Zielcke offensichtlich, dass beispielsweise 40 000 Hartz-IV Empfänger in die Türkei zurückgegangen sind und 30 000 gut ausgebildete Fachkräfte bei uns einwanderten. Es könnten aber auch 40 000 Türken mit Rentenansprüchen gegenüber der Bundesrepublik diese verlassen haben und 30 000 Menschen ohne Berufsausbildung oder als Familienangehörige zugewandert sein. Kurz: Die Zahlen haben ohne Kenntnis der sozialen Hintergründe der Migranten keine Aussagekraft. Hans-Wolfgang Löscher Schlehdorf

## So demotiviert man lernwillige Migranten

Schön, dass die Bundesregierung ihr bundesweites Integrationsprogramm präsentiert („Jeder achte Zuwanderer will sich nicht integrieren“, 9. September). Bemerkenswert finde ich aber, wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge den Migranten, die die deutsche Sprache in Integrationskursen lernen wollen, dafür Hürden aufbaut. Zwischen der Anmeldung zum Integrationskurs und der vom Bundesamt erteilten Genehmigung zur Teilnahme liegen jetzt drei Monate Wartezeit. Will ein lernwilliger Migrant diese Zeit überbrücken, kratzt er oder sie die Geldreserven der Familie zusammen, um die ersten drei Monate zu zahlen, entfällt für die gesamte Kursdauer (in der Regel etwa neun Monate) jegliche Kostenübernahme. Wie motivierend ist eine Wartezeit von drei Monaten? Bröckelt da nicht der Lernwille? Demoralisiert das Warten nicht auch? Angelika Ezzeldin Berlin



Europas Roma auf Wanderschaft.

Illustration: Chappatte

## Weitere Leserbriefe

### ICE kann sich mit TGV durchaus messen

In „Durch Raum und Zeit“ (6. September) werden verbreitete Irrtümer und Ungenauigkeiten wiederholt. So heißt der Eisenbahnmarktführer in Deutschland seit 1995 Deutsche Bahn und nicht mehr „Bundesbahn“. Weiter behaupten Sie, der TGV habe den innerfranzösischen Flugverkehr „fast zum Erliegen gebracht“. Tatsächlich gibt es aber nach wie vor selbst zwischen Paris und Lyon, wo der TGV konkurrenzlos sein müsste, täglich zehn Flüge, also einen alle ein bis zwei Stunden. Zwischen Lyon und Bordeaux fliegt die Air France sechsmal am Tag, was daran liegt, dass auf den rund 500 Kilometern zwischen diesen beiden Städten eben kein TGV fährt und man deshalb 600 Kilometer Umweg über Paris in Kauf nehmen müsste, was die Fahrzeit auf die gleiche bringt, die der (normale) Schnellzug auf direktem Weg durch Mittelfrankreich braucht.

Von Paris bis Marseille braucht der schnellste TGV laut Fahrplan derzeit drei Stunden und zwei Minuten (also nicht „weniger als drei Stunden“), der schnellste ICE von Hamburg bis München fünf Stunden 46 Minuten, „doppelt so lang“ stimmt also nicht. Außerdem ist die Strecke von Hamburg nach München keineswegs, wie von Ihnen angegeben, 614 Kilometer lang, sondern 710 Kilometer. Der TGV ist darüber hinaus eng und unkomfortabel, 1. Klasse im TGV ist weniger angenehm als 2. Klasse im ICE. Von WLAN im Zug können TGV-Fahrer nur träumen, von Speise- und Getränkeservice am Platz ebenso, und dass sich die Grande Nation auch in ihrem Vorzeigezug keine Speisewagen mehr leistet, ist ein schlechter Witz. Adrian Dunskus Pfaffenhofen

### Jesus, die Reichen und das Nadelöhr

Pater Anselm Grün kann es nicht lassen, sich als Verteidiger und Propagandist eines „guten Kapitalismus“ zu gerieren („Jesus war kein Antikapitalist“, 9. September). Sein persönliches Armutsgeplübe hindert ihn nicht, durch – wie er immer wieder selbstzufrieden berichtet – Zinseinnahmen und Spekulationen seinem Orden bedeutende Gewinne einzu-

fahren. Auf die Idee, dass eigenleistungslöser Reichtum nicht vom Himmel fällt, sondern von Ärmsten erschufet werden muss, scheint er nicht zu kommen. Grüns Aussage „Jesus war kein Antikapitalist“ schlägt dem Fass nun aber den Boden aus. Würde Grün weniger Börsenkurse und mehr die Bibel studieren, sähe er sich schon durch das bekannte Jesuswort „Es ist leichter, dass ein Kamel durch ein Nadelöhr gehe, als dass ein Reicher ins Reich Gottes komme“ (Matthäus 19, 24) einer unbiblischen Position entlarvt. Schade, Pater Grün schreibt so tief sinnige meditative Bücher. In Sachen Kapitalismus täte es dessen Opfern und ihm selbst gut, er würde tiefer denken oder ein weiteres, diesbezügliches Schweigegelübde ablegen. Anselm Rapp München

### Leistungsbilanz ist aus dem Gleichgewicht geraten

Ich fürchte, Marc Beise läuft selber in eine Falle („Vorsicht Falle“, 11. September). Wettbewerbsfähigkeit in allen Ehren, aber muss man es damit so übertreiben wie Deutschland im letzten Jahrzehnt? Deutschland hat in den Nullerjahren einen kumulierten Leistungsbilanzüberschuss von etwa einer Billion Euro erwirtschaftet. Da fragt man sich doch, ob ein Land wirklich einen so riesigen Leistungsbilanzüberschuss braucht? Damit verbunden ist die Frage, wofür dieser exorbitante Überschuss verwendet wird. Laut Berichten von Volkswirten wurden große Teile dieses Überschusses in US-Wertpapierkonstrukten angelegt, die erst als genial gefeiert und dann als toxisch bezeichnet wurden. Weitere große Teile wurden in Kredite und Wertpapierkäufe von öffentlichen und privaten Schuldner in südeuropäischen Mitgliedsländern der Eurozone investiert. Erst vor wenigen Monaten musste für die Eurozone ein Rettungsschirm über 750 Milliarden Euro gespannt werden wegen der Schuldenprobleme in vornehmlich südeuropäischen Euroländern. Ist es sinnvoll, den Gürtel deutscher Arbeitnehmer so eng zu schnallen, damit ein so riesiger Leistungsbilanzüberschuss entstehen kann, wenn die Anlagen dieses Überschusses in kurzer Zeit wertlos oder zweifelhaft werden? Werner Seeliger Stuttgart

### Unternehmen sparen bei der Kulturförderung

„Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen“ stimmt man Wallenstein in Schillers gleichnamigen Drama zu, wenn man die Äußerungen aus der Wirtschaft zur Kulturförderung vernimmt („Weg mit den grauen Herren“, 11. September). Zweifellos wird von den Unternehmen sehr viel gefördert. Trotzdem trifft es bei Sparmaßnahmen die Kulturbudgets sofort, wobei gerade das langfristig sichtbare Engagement der positiven Öffentlichkeitswahrnehmung der Unternehmen leidet. Bei Kindern fördert etwa musikalisches Zusammenwirken neben der Begabung auch Teamgeist, Disziplin und Leistungsbereitschaft, wie es im Beitrag richtig heißt. Vor allem unabhängige Kulturschaffende können nur neidvoll die Summen bestaunen, die in den Sport, und nicht nur in den Breitensport, nahezu ungeschmälert fließen. Im Vergleich dazu kann im kulturellen Bereich mit relativ kleiner Münze enorm viel geschaffen werden. Stefan A. Saur Geschäftsführer Tölzer Knabenchor München

### Schwerer Abschied von der Postbank

Seit über 50 Jahren bin ich zufriedener Kunde der Postbank und ihrem Vorgänger; die einzige Beanstandung war ein in der Papier-Zeit verschobenes Komma („Wir sind keine Melkkühe“, 11. September). Hervorheben möchte ich die übersichtliche und einfach zu bedienende Software beziehungsweise Bildschirmdarstellung (verglichen mit denen anderer Banken). Damit kommt auch ein Rentner gut zurecht! Wie der zukünftige Eigentümer mit durchschnittlichen Einkommensempfängern umgeht, habe ich bereits in den achtziger Jahren erfahren. Der Abschied von der Postbank wird mir schwerfallen. Joachim Sprickmann Buckenhof

Leserbriefe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion. Wir behalten uns die Kürzung der Texte vor. E-Mail: forum@sueddeutsche.de

## Ende der Schonfrist

Der Westen muss Israels Siedlungspolitik härter kritisieren

Auch die Süddeutsche Zeitung wagt es nicht, die Dinge beim Namen zu nennen („Wir werden so viel bauen, wie wir können“, 22. September). „Siedlungsbau“ klingt harmlos und friedlich – tatsächlich werden Olivenhaine gerodet und landwirtschaftliche Flächen enteignet um darauf illegal Häuser zu errichten. Darüber hinaus dokumentiert man damit den staatlichen Anspruch auf Gebiete, die nach internationalem Recht nicht zu Israel gehören. Korrekterweise sollte man daher diese Aktivitäten als das bezeichnen was sie eigentlich sind, nämlich Landraub und Expansionsismus. Bei der starren israelischen Haltung laufen die Dinge zwangsläufig auf eine gewalttätige Auseinandersetzung hinaus. Ich sehe unsere Regierung bereits Soldaten in den Nahen Osten entsenden, um dem „befreundeten Israel“ zu helfen, die Palästinenser zurückzudrängen, die sich das geraubte Land zurückholen wollen. Um es nicht so weit kommen zu lassen, sollte der Westen mehr Druck auf Tel Aviv ausüben. Wolfgang E. Schaefer Altleiningen

## Brüssel muss gegen Besatzungspolitik vorgehen

Sarrazins widerriefene Sprüche vom jüdischen Gen sind für Maram Stern, der die jüdische Lobby in Brüssel leitet, ein willkommenes Anlass, mit den bekannten Methoden dieser Lobby, den EU-Handelskommissar Karel De Gucht zu diffamieren („Der benutzte Jude“, 8. September). In den USA ist selbst Präsident Obama auf dem besten Weg, ein Opfer der mächtigen jüdischen Aipac-Lobby zu werden, wenn Israel demnächst seine illegalen Siedlungsbauten auf geraubtem palästinensischem Land wieder fortsetzt. Leider gibt es in Brüssel nur wenige Stimmen, die sich gegen Israels Landraub-, Besatzungs- und Kriegspolitik stellen. In aller Regel wird Israel mit wirtschaftlichen und politischen EU-Privilegien überhäuft. Rüdiger Vehof Bonn

## Milde Worte für einen rabiaten Rabbi

Es ist bezeichnend für das israelische Volk, wenn einer seiner geistigen und geistlichen Führer sagen kann, „die Palästinenser sollten vom Erdboden verschwinden“, ohne dass es einen Sturm der Entrüstung gibt (Profil, 31. August). Wie kann ein Staat sich der westlichen Wertegemeinschaft verbunden fühlen, wo Demokratie und Menschenwürde mit Zustimmung eines großen Teils der Bevölkerung mit Füßen getreten werden? Im Profil über Rabbi Ovadia Josef lässt Peter Münch heimliche Hochachtung mitschwingen, vielleicht ungewollt. Auf der Meinungsseite hätte ich von einer liberalen Zeitung etwas mehr Profil erwartet. Dr. Uwe Cardaun Euskirchen

## Aus der Redaktion

Wegen technischer Probleme ist sueddeutsche.de gestern mehrere Stunden nicht erreichbar gewesen. Ein Ausfall des Datenbank-Servers hatte sowohl die Produktions- als auch die Internetseiten zerstört. Wir bitten unsere Nutzer, diesen Ausfall zu entschuldigen.

## Korrekturen

□ In der Meldung „Amokläuferin vor Sportschützin“ auf Seite 1 vom 21. September hieß es, die Attentäterin von Lörrach habe mit Nitroglyzerin Feuer gelegt. Tatsächlich verwendete sie Nitroverdünnung, die im Baumarkt erhältlich ist. □ Im Bericht „Im Auftrag des Papstes“ über die Vatikan-Bank IOR auf Seite 18 vom 23. September wurde Paul Marcinkus zum Kardinal erhoben. Tatsächlich war er zum Zeitpunkt des IOR-Skandals Titular-Erzbischof von Orta.